

INFORMATIONEN DER EDU THURGAU

Oktober 2025

EDU

Aktuell

LIEBE MITGLIEDER UND FREUNDE DER EDU

*Gott hat ihren Geist verdunkelt,
sodass sie mit ihren Augen nicht
sehen und mit ihren Ohren nicht
hören, bis zum heutigen Tag.*

Römer 11,8

Dieses Wort ist heute aktueller denn je. Wer sich nicht an die Weisungen unseres Schöpfers hält, kann die aktuellen weltpolitischen Geschehnisse nicht einordnen. Diese Tatsache hatte ihre Gültigkeit in der Vergangenheit und hat sie auch heute noch. Somit erklärt sich auch ein Stückweit die absurde Haltung gewisser europäischer Staaten bezüglich des Krieges in Nahost und ihrer fatalen Haltung gegenüber den dort beteiligten Terroristen.

Die EDU will mutig und der Wahrheit verpflichtet Stellung beziehen und hinterhältige Machenschaften aufdecken. Dabei sind wir auf Gottes Führung und Leitung angewiesen.

Ich wünsche euch einen erleuchteten Geist durch Gottes Gnade.

Herzlichst euer Parteipräsident

Christian Mader



FRIEDE! – UND DOCH KEIN FRIEDE

Und heilen den Schaden meines Volkes nur obenhin, indem sie sagen: «Friede! Friede!», und ist doch nicht Friede.

Dieser Vers aus Jeremia 8,11 erinnert uns daran, dass Friede nur dort entsteht, wo es ein echtes Bedürfnis nach Frieden gibt. Dies ist beim Feind Israels – Hamas, Fatah oder PLO – nicht der Fall, der erklärtermassen keine jüdische Präsenz im Heiligen Land duldet.

So freut sich Israel zwar über die befreiten Geiseln (zurecht) und doch ist der neuste Deal einmal mehr auf Druck des verblende-

ten Westens gegenüber und zu Lasten von den Israelis durchgeboxt worden. Wenigstens ist das moralische Druckmittel – die nun freigewordenen Geiseln – aus der Hand des Feindes genommen.

Die IDF wird sich aus Gaza phasenweise zurückziehen (nicht vollständig) und die Hamas soll entwaffnet werden, worüber die IDF wiederum mit Argusaugen wachen wird.

Wie sich die internationale Gemeinschaft in die eventuelle Neuordnung Gazas einmischen wird, wird sich noch zeigen. Gutes hat sie noch selten hervorgebracht.

SCHANDE VON BERN

Gleichzeitig mit der lang ersehnten Geiselfreiung und der von den USA vermittelten Waffenruhe wütet in Bern ein linksextremer Mob «im Namen der Gerechtigkeit», verletzt Polizisten und setzt ein Gebäude in Brand, in dem sich noch Personen befanden.

Schon vor zwei Jahren, nach dem grössten Massaker an Juden seit dem Holocaust, skandierten Islamisten in Bern genozidal und judenhaszend «from the river (Jordan) to the sea (Mittelmeer), Palestine will be free».

An Kundgebungen wurden seitdem Hakenkreuze entdeckt oder eine Talibanfahne konfisziert und der blauäugige und narrenhafte Westen – dazu gehört die Schweiz – sieht zu und unternimmt – genau nichts.

Die Geschichte wird sich erinnern, dass die Schweiz zu feige war, für Recht und Gerechtigkeit, für Israel einzutreten und jüdisches Leben ausreichend zu schützen. Die Täter sind hart anzufassen und beteiligte Ausländer aus dem Land zu werfen. Antisemitismus darf keinen Platz haben!

Antisemitismus darf keinen Platz haben!

Die Linke hat sich seit der Staatsgründung Israels mit den Islamisten verbrüdet. Die Geschehnisse sind demnach nur eine Fortschreibung – nichts Neues unter der Sonne.

AUS DEN BEZIRKEN

Bezirk Frauenfeld

Mitgliederversammlung

Am 19. August fand in Frauenfeld die Mitgliederversammlung der EDU Bezirk- und Stadt Frauenfeld statt.

Neben den offiziellen Traktanden berichtete der neue Frauenfelder Stadtpräsident Claudio Bernold (FDP) von seinen ersten Erfahrungen und Zielen in seinem neuen Amt und stand für Fragen zur Verfügung.

Abschliessend kündete Parteipräsident und Gemeinderat Christian Mader seine Demission aus dem Frauenfelder Gemeinderat, und somit auch die Abgabe des Fraktionspräsidiums der SVP/EDU-Fraktion, auf Ende 2025 an.

Herzlichen Dank
Christian Mader

Bezirk Kreuzlingen

November

11.11.2025, 19.30 Uhr
EDU Kreuzlingen Höck
Porto Sofie Gottlieben

Bezirk Münchwilen

November

14.11.2025, 20.00 Uhr
EDU-Stammtisch
Restaurant Post Eschlikon

Dezember

12.12.2025, 20.00 Uhr
EDU-Stammtisch
Wängi

SERVICE-CITOYEN-INITIATIVE

Nationalrat Erich Vontobel (EDU ZH) stellte die Vorlage vor. Durch die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht entweder im Militär, im Zivilschutz oder in Form eines gleichwertigen Milizdienstes, würden doppelt so viele Bürgerinnen und Bürger rekrutiert wie heute.

Damit würden auch die Kosten für Bund, Kantone und Wirtschaft entsprechend steigen. Die EDU-Delegierten sehen den angestrebten, sogenannten «Bürgerdienst» grossmehrheitlich kritisch.

Wenn neben dem Militärdienst auch ein beliebiger Einsatz, z. B. in der Betreuung, möglich wäre, liesse sich der (schon heute zu tiefe) Bestand der Armee nicht mehr garantieren.

Unsere Sicherheit ist kein Spielfeld, auf dem irgendwelche Dienste

geleistet oder Experimente mit unserem Milizsystem durchgeführt werden.



EIDGENÖSSISCHE VORLAGE

NEIN-PAROLE

1 Ja-Stimmen
54 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Durch die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht würden doppelt so viele Bürgerinnen und Bürger rekrutiert wie heute.



EDU-Nationalrat Erich Vontobel erklärt die beiden Vorlagen und beantwortet Fragen der anwesenden Mitglieder.

INITIATIVE FÜR EINE ZUKUNFT

Nationalrat Erich Vontobel (EDU ZH) stellte die Vorlage vor. Die Initiative fordert mehr Mittel für die Klimapolitik.

Die Einnahmen aus der neuen Erbschafts- und Schenkungssteuer müssen laut Initiativtext «zur sozial gerechten Bekämpfung der Klimakrise sowie für den dafür notwendigen Umbau der Gesamtwirtschaft» verwendet werden.

Mit ihrer Initiative fordern die Jusos eine nationale Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Nachlässe über einem Freibetrag von 50 Millionen Franken. Leidtragende wären aber traditionelle Schweizer Familienunternehmen. Um die hohen Steuerbeiträge zu

begleichen, müssten Firmen verkauft oder liquidiert werden.

Da erfolgreiche Unternehmer und Vermögende, die schon heute viel Steuern bezahlen, aufgrund der hohen Erbschaftssteuer regelrecht enteignet würden, müssten viele einen Wegzug aus der Schweiz erwägen. Statt Mehreinnahmen gäbe es enorme Steuerausfälle, die der Mittelstand tragen müsste.

EIDGENÖSSISCHE VORLAGE

NEIN-PAROLE

0 Ja-Stimmen
55 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Mit ihrer Initiative fordern die Jusos eine nationale Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Nachlässe über einem Freibetrag von 50 Millionen Franken.

Das Referendum ist zustande gekommen

Das Referendum «**Nein zur Individualbesteuerung**» ist zustande gekommen.

Herzlichen Dank für die Unterstützung!

Thurgauer Volksinitiative braucht Ihre Unterschrift

Die Thurgauer Volksinitiative «**Mehr Transparenz bei Wahlen im Thurgau**» (Doppelproporz nach Pukelsheim) braucht noch dringend Ihre Unterschriften.

Bitte helfen Sie mit, Unterschriften zu sammeln und senden Sie die vollen oder teilweise ausgefüllten Unterschriftenbögen umgehend ein.

Herzlichen Dank!

<https://transparente-wahlen-tg.ch/>



VERNEHMLASSUNGEN

www.vernehmlassungen.tg.ch



Laufende Vernehmlassungen

Die Unterlagen werden zum Vernehmlassungsstart jeweils per E-Mail verschickt. Der Adressatenkreis wird vom Departement bestimmt.

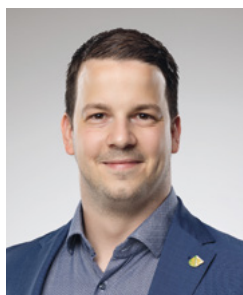
DATUM	VERNEHMLASSUNG	DEPARTEMENT	FRIST
18.08.2025	Konzept zu Entwicklungsschwerpunkten im Kanton Thurgau	DBU	10.11.2025
30.06.2025	Mitwirkung zum geplanten Denkmalpflege-Inventar im Bezirk Frauenfeld	DBU	18.11.2025
02.06.2025	Mitwirkung zum neuen Denkmalpflege-Inventar im Bezirk Münchwilen	DBU	31.10.2025

«Wer sich nicht an die Weisungen des Schöpfers hält, kann die aktuellen weltpolitischen Geschehnisse nicht einordnen.»

Christian Mader



Christian Mader, Präsident



Marcel Wittwer, Vizepräsident

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

EDU Kanton Thurgau

Obere Weinackerstrasse 56
8500 Frauenfeld

079 343 01 29
tg@edu-schweiz.ch
www.edu-tg.ch

IBAN: CH81 8080 8001 3732 7246 0